



Das Geld ist schon da

Steuerpolitik. Wer mit wem künftig in Berlin regiert, hängt nicht zuletzt von einer Einigung in Sachen Steuern ab. Lenkt man den Blick weg vom parteipolitischen Tauziehen auf die finanziellen Fakten, wird klar: Der Staat nimmt schon jetzt genug Geld ein, um notwendige Investitionen bezahlen zu können.

Kommen sie oder kommen sie nicht? Steuererhöhungen gehören zu den zentralen Themen im derzeitigen Berliner Koalitionspoker. Die Ausgangspositionen sind dabei recht konträr. So hatten SPD und Grüne in ihren Wahlprogrammen jeweils ein dickes Steuererhöhungspaket

geschnürt. Unter anderem sollten der Spitzensatz in der Einkommenssteuer auf 49 Prozent angehoben und die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden (vgl. iwd 33/2013). CDU und CSU hatten dagegen jeglichen Steuererhöhungen eine eindeutige Absage erteilt.

Unabhängig davon, ob man das Wahlergebnis als Votum gegen höhere Steuern interpretiert – in jedem Fall wird die Bildung einer Regierungskoalition Kompromisse erfordern, auch beim Thema Steuern. Am Ende gilt es jedoch, einen ökonomisch sinnvollen Kurs in der Steuerpolitik einzuschlagen. Um hier klarer zu sehen, lohnt es sich, einige Fragen zu den finanzpolitischen Fakten zu stellen:

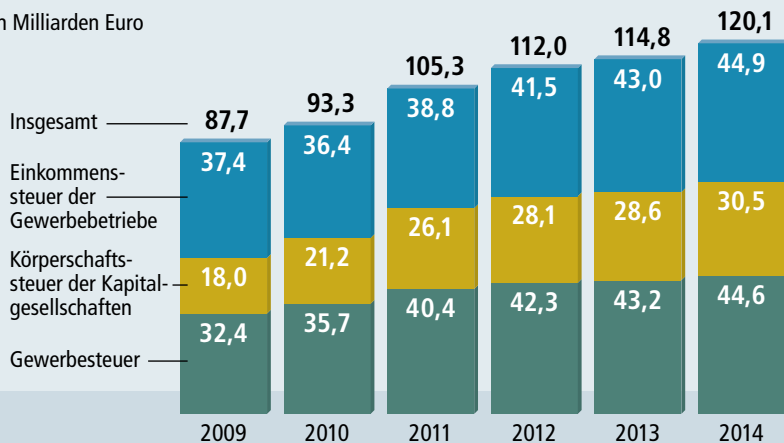
• **Geht es dem Staat finanziell schlecht?** Hier lautet die Antwort eindeutig „Nein“. Zwar haben Bund, Länder und Gemeinden in früheren Jahren oft erhebliche Defizite in ihren Budgets eingefahren. Doch die jüngsten Haushaltszahlen sind erfreulich:

Der deutsche Staat erzielte im Jahr 2012 insgesamt einen Überschuss von 2,2 Milliarden Euro. Im ersten Halbjahr 2013 lagen die Einnahmen sogar um 8,5 Milliarden Euro über den Ausgaben.

Dabei verbuchten die Städte und Gemeinden zwischen Januar und Juni 2013 mit 5,2 Milliarden →

Unternehmenssteuern in Deutschland

in Milliarden Euro



ab 2013: Steuerschätzung
Ursprungsdaten: Bundesministerium der Finanzen

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 42

Inhalt

Mütterrente. Die geplante zusätzliche Mütterrente kostet bis zum Jahr 2025 schätzungsweise 85 Milliarden Euro.
Seite 3

Ausländische Akademiker. Fast die Hälfte der Auslandsstudenten bleibt nach dem Hochschulabschluss in Deutschland.
Seite 4-5

Mindestlohn. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat Studien ausgewertet, wie sich ein Mindestlohn auf die Beschäftigung auswirkt.
Seite 6

PIAAC-Studie. Ein internationaler Vergleich zeigt, dass viele Erwachsene in Deutschland nur mäßig lesen und rechnen können.
Seite 7

Businessflugplätze. Egelsbach bei Frankfurt am Main ist mit 33.000 Starts im Jahr die Nummer eins der Verkehrslandeplätze.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Euro ein dickes Plus – obwohl vor allem sie zuletzt eine finanzielle Misere beklagten. Zwar geht es bei weitem nicht allen Kommunen gut. Doch angesichts des Gesamtüberschusses dürften sich so manche Probleme durch eine bessere Verteilung der Einnahmen lösen lassen.

• **Nimmt der Staat zu wenig ein?** Nicht nur die Salden der staatlichen Etats waren zuletzt zufriedenstellend; gerade auch auf der Einnahmenseite gibt es keinen Grund zum Jammern:

Die Summe der in Deutschland gezahlten Steuern stieg im Jahr 2012 auf den Rekordwert von annähernd 620 Milliarden Euro.

Im ersten Halbjahr 2013 übertrafen die Steuereinnahmen von Bund und Ländern das Vorjahresniveau erneut um 3,5 Prozent – bei steigender Tendenz.

Angesichts dessen ist kaum nachvollziehbar, warum einige Landesregierungen beklagen, sie hätten zu wenig Geld, um ihre Defizite abzubauen. Dies gilt umso mehr, als die Steuereinnahmen zuletzt meist sogar stärker zugelegt haben als die Wirtschaftsleistung (Grafik):

Die Steuerquote, also die Relation der staatlichen Steuereinnahmen zum Bruttoinlandsprodukt, ist seit dem Jahr 2004 um mehr als 2 Punkte auf fast 24 Prozent gestiegen.

Im kommenden Jahr dürfte die Quote nochmals leicht höher sein als 2013 – so die aktuelle Prognose der Steuerschätzer.

• **Zahlen Reiche und Unternehmen immer weniger Steuern?** Diese oft geäußerte Vermutung hält dem Faktencheck ebenfalls nicht stand. Zwar hat die damalige – rot-grüne – Bundesregierung im Zuge der Steuerreform 2000 den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer gesenkt, im Gegenzug allerdings die Bemessungsgrundlage verbreitert. Unterm Strich hat die Reform die Gutverdiener stärker belastet: Im Jahr 2011 zahlten die 10 Prozent der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen 54,6 Prozent der gesamten Einkommenssteuer – 1998 betrug der entsprechende Anteil erst 52,2 Prozent.

Auch die Wirtschaft führt eher immer mehr statt weniger Geld an den Fiskus ab (Grafik Seite 1):

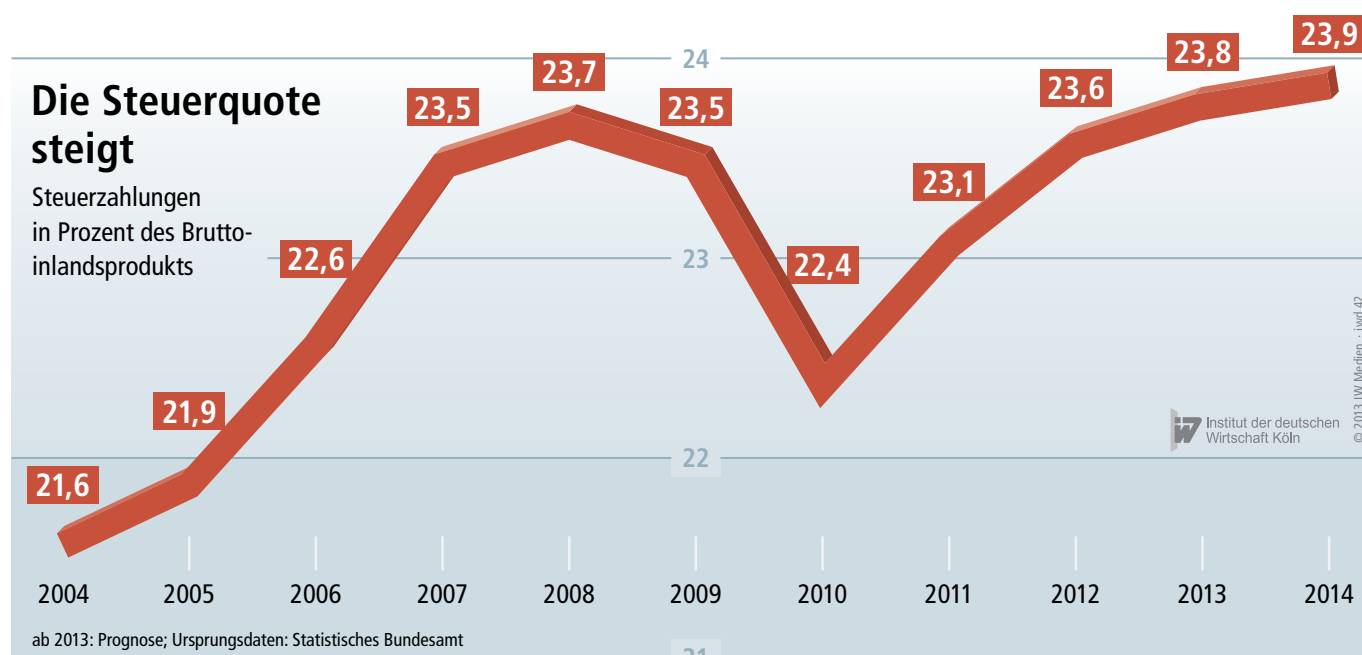
Im laufenden Jahr werden die Unternehmen insgesamt fast 115 Milli-

arden Euro an Steuern zahlen – gut 30 Prozent mehr als noch 2009.

Für 2014 erwarten die Steuerschätzer sogar ein Steueraufkommen in Höhe von 120 Milliarden Euro.

Unterm Strich haben Bund, Länder und Gemeinden also genug Geld, sofern sie mit den Steuereinnahmen sorgfältig umgehen. Dann reicht der finanzielle Spielraum auch für die dringend benötigten Investitionsmittel, beispielsweise die etwa 7 Milliarden Euro, die es zur Sanierung des Straßenverkehrsnetzes bräuchte (vgl. iwd 40/2013).

Als wohltätige Institution könnte der Staat im Übrigen selbst dann nicht auftreten, wenn die von SPD und Grünen geforderten Steuererhöhungen tatsächlich kämen. So wäre zum Beispiel die Erhöhung des Spitzensatzes in der Einkommenssteuer wenig ergiebig. Die heutige Reichensteuer etwa, also die Einkommenssteuer von 45 statt 42 Prozent ab rund 250.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen, bringt dem Fiskus lediglich rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr ein.



Teures Wahlversprechen

Mütterrente. Die Union möchte die Erziehungszeiten von Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, stärker honorieren. Finanziert werden soll diese zusätzliche Mütterrente aus den Rücklagen der Rentenversicherung – doch die wären schnell aufgebraucht.

Die Mütterrente ist kein neues sozialpolitisches Instrument, denn seit 1986 werden Kindererziehungszeiten anerkannt. Seit 1992 macht der Gesetzgeber indes bei der Anrechnung von Erziehungszeiten für die Rente je nach Alter der Sprösslinge einen Unterschied:

- Müttern oder Vätern, deren Kinder 1992 oder später zur Welt kamen, werden bis zu drei Jahre als Erziehungszeit angerechnet. Dadurch kann die monatliche Bruttorente derzeit pro Anrechnungsjahr und Kind in Westdeutschland um 28 Euro und im Osten um 25 Euro höher ausfallen.
- Für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, akzeptiert die Rentenkasse grundsätzlich nur ein Erziehungsjahr pro Sprössling.

Diesen Unterschied will die Union verringern und den Müttern oder Vätern älterer Kinder bis zu zwei Erziehungsjahre gutschreiben.

Was auf den ersten Blick gerecht wirkt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als finanz- und sozialpolitischer Sprengstoff:

Finanzierungslücke. Der Extrabonus für Mütter von älteren Kindern reißt ein großes Loch in die Rentenkasse: Nach heutigen Verhältnissen kostet die zusätzliche Mütterrente 6,5 Milliarden Euro jährlich. Allein in der neuen Legislaturperiode wür-

Zusätzliche Mütterrente reißt Loch in Rentenkasse

Nach Plänen der Union sollen Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, künftig für die Erziehungszeit eine doppelt so hohe Mütter- oder Väterrente erhalten wie bisher. Die zusätzlichen Kosten dafür belaufen sich auf rund 6,5 Milliarden Euro pro Jahr und fressen nach und nach die Rücklagen der Rentenversicherung auf. Angaben in Milliarden Euro

	Rücklage nach geltendem Rentenrecht	Kosten für die zusätzliche Mütterrente kumuliert	Rücklage der Rentenversicherung nach Gesetzesänderung
2013	27,3		
2014	25,9	6,5	19,4
2015	23,3	13,0	10,3
2016	19,3	19,5	-0,2
2017	15,1	26,0	-10,9
2018	8,9	32,5	-23,6
2019	5,5	39,0	-33,5
2020	5,0	45,5	-40,5
2025	6,9	78,0	-71,1

Annahme: fortlaufende Lohnangleichung zwischen neuen und alten Bundesländern; der Beitragssatz von 18,9 Prozent kann bis zum Jahr 2018 konstant gehalten werden (Stand: Herbst 2012); Ursprungsdaten: Bundesregierung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwvd 42

de das für die Rentenversicherung Mehrausgaben in Höhe von zusammen 26 Milliarden Euro bedeuten.

Diese Rechnung berücksichtigt aber nur den Status quo. Die allgemeinen Rentenerhöhungen und eine steigende Zahl an begünstigten Rentnerinnen sorgen für einen zusätzlichen Ausgabenschub.

Vorsichtig gerechnet kostet die Mütterrente dadurch bis 2017 etwa 26,6 Milliarden Euro, bis 2025 steigt die zusätzliche Finanzierungslast auf insgesamt knapp 85 Milliarden Euro.

Die derzeitige Rücklage von gut 27 Milliarden Euro hält da nicht lange vor (Grafik). Spätestens 2016 wäre der Puffer, der eigentlich der Abfederung konjunkturell bedingter Schwankungen vorbehalten ist, abgeschmolzen. Da gesetzlich aber eine Mindestreserve von 0,2 Monatsausgaben vorgeschrieben ist – das entspricht derzeit 3,6 Milliarden Euro –, würde Anfang 2016 eine Beitragssatzerhöhung notwendig.

Nach heutigem Stand müssten die Beitragszahler dann auf Dauer für die zusätzliche Mütterrente einen um mindestens 0,7 Prozentpunkte höheren Beitragssatz stemmen.

Kein Mittel gegen Armut. Die 28 Euro im Westen bzw. 25 Euro im Osten, die die Mütter nach aktuellem Stand zusätzlich bekämen, dürften kaum ausreichen, die Situation armer Rentnerinnen zu verbessern – zumal auch noch Kranken- und Pflegebeiträge davon gezahlt werden müssen. Umgekehrt drohen teure Mitnahmeeffekte, weil auch jenen Rentnerinnen der Bonus zustünde, die vermögend oder über ihren Partner abgesichert sind.

Keine Gerechtigkeitsdefizite. Die zusätzliche Mütterrente käme vor allem Frauen zugute, die bereits Rente beziehen. Gerade diese Mütter hatten in der Vergangenheit aber Privilegien – wie die Rente mit 60 ohne Abschlag –, die jüngere Frauen nie haben werden.

Ausländische Akademiker

Sie heißen Li und Ljudmila, Dilip und Françoise: Im Jahr 2011 – aktuellere Zahlen gibt es nicht – studierten in Deutschland 272.700 Personen mit einem ausländischen Pass. Lässt man die jungen Leute außer Acht, die in der Bundesrepublik aufgewachsen sind und hier ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, bleiben annähernd 185.000 „echte“ aka-

demische Ausländer übrig – also die, die tatsächlich zu Studienzwecken nach Deutschland eingereist sind.

Obwohl sich zuletzt immer mehr internationale Studenten an deutschen Hochschulen eingeschrieben haben – 2011 betrug der Anteil der sogenannten Bildungsausländer an allen Erstsemestern fast 15 Prozent –, hat sich die Position der Bundesrepu-

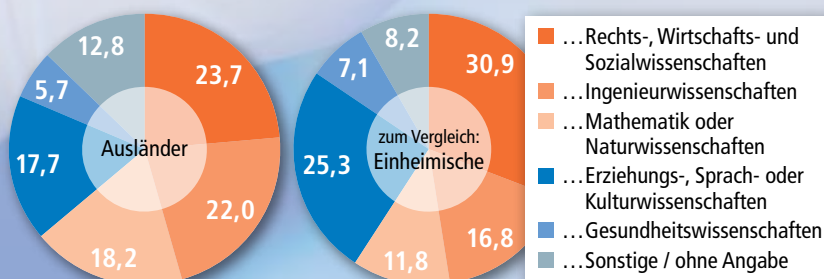
blik im Wettbewerb um ausländische Studenten verschlechtert: Während im Jahr 2000 noch 9 Prozent aller Auslandsstudenten in Deutschland studierten, waren es 2011 nur noch 6,3 Prozent der weltweit 4,3 Millionen Studenten, die jenseits der Heimat eingeschrieben waren.

Angesichts des demografischen Wandels und dem damit einherge-



Wer was studiert

So viel Prozent der Ausländer, die zum Studium nach Deutschland kamen, zwischen 2001 und 2010 ihren Abschluss gemacht haben und 2011 noch in der Bundesrepublik lebten, hatten einen Abschluss in ...



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

henden Fachkräftemangel ist das keine wünschenswerte Entwicklung. Doch auch bei der beruflichen Bildung drückt der Schuh. Zwar konnte Deutschland zuletzt einige junge Leute aus den europäischen Krisenländern gewinnen, weil sie hier eine Berufsausbildung begonnen haben, doch unterm Strich kommen noch relativ wenige Einwanderer wegen einer Lehrstelle in die Bundesrepublik. Zusätzliche Fachkräfte ließen sich darüber hinaus rekrutieren, wenn Personen mit ausländischen Ab-

schlüssen verstärkt für den deutschen Arbeitsmarkt weitergebildet würden.

Doch es gibt auch gute Nachrichten: Fast die Hälfte der ausländischen Studenten bleibt nach dem Hochschulabschluss in Deutschland – bislang ging man von weit weniger aus. Um weitere Akademiker fürs Bleiben zu begeistern, sollten deshalb die Zuwanderungsinformationen verbessert, die Auflagen für Praktika und Werkstudententätigkeiten für Ausländer aus Drittstaaten gelockert und die Willkommenskultur gestärkt werden.



aus IW-Trends 4/2013

Justina Alichniewicz, Wido Geis:
Zuwanderung über die Hochschule

www.iwkoeln.de/trends



IW-Analysen Nr. 92

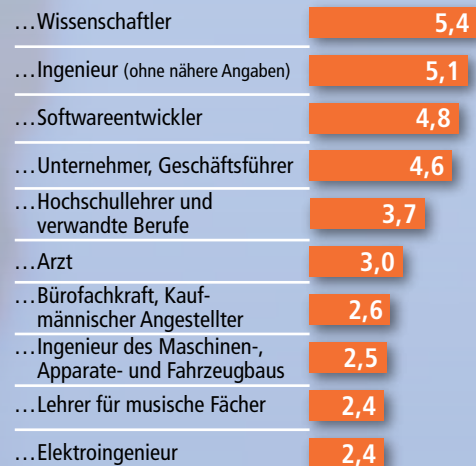
Vera Demary, Wido Geis, Christiane Konegen-Grenier, Axel Plünnecke, Susanne Seyda: Internationalisierung der Bildung – Wie das deutsche Bildungssystem für Menschen aus dem Ausland attraktiver werden kann, Köln 2013, 60 Seiten, 14,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop



Die zehn beliebtesten Berufe

So viel Prozent der erwerbstätigen Ausländer, die zum Studium nach Deutschland kamen, zwischen 2001 und 2010 ihren Abschluss gemacht haben und auch 2011 noch in der Bundesrepublik lebten, arbeiteten als ...



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · IwD 42

Wie viele bleiben

Die Ausländer, die zum Studium nach Deutschland kamen, ...

	Insgesamt	davon: aus der EU-28 und gleichgestellten Staaten	davon: aus Drittstaaten
... haben zwischen 2001 und 2010 so viele Abschlüsse gemacht	189.896	67.910	121.986
Von diesen Bildungsausländern lebten 2011 noch so viele in Deutschland	84.100	35.300	48.800
in Prozent	44,3	52,0	40,0

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · IwD 42

Selten arbeitslos

So viel Prozent der Ausländer, die zum Studium nach Deutschland kamen, zwischen 2001 und 2010 ihren Abschluss gemacht haben und auch 2011 noch in der Bundesrepublik lebten, waren ...


		zum Vergleich: Einheimische	
Männer	...erwerbstätig	92	94
	...arbeitslos	1	2
	...nicht erwerbstätig	7	4
Frauen	...erwerbstätig	74	89
	...arbeitslos	3	2
	...nicht erwerbstätig	23	9

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · IwD 42

Auf Kosten der Beschäftigung

Mindestlohn. Gewerkschaften und manche Politiker behaupten, die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland habe keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Eine Auswertung von acht Studien über tarifliche Branchenmindestlöhne kommt zu anderen Ergebnissen. 

In zwölf Branchen existieren mittlerweile tarifliche Mindestlöhne auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Die letzte Branche, für die ein Mindestlohn eingeführt wurde, ist das Ge-

rüstbauerhandwerk. Seit 1. August 2013 gibt es dort mindestens 10 Euro je Stunde. Wissenschaftler sind sich nicht einig darüber, welche Folgen Mindestlöhne haben und ob sie die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat deshalb verschiedene Studien zu den Auswirkungen eines tariflichen Mindestlohns noch einmal etwas genauer unter die Lupe genommen. Untersucht wurde dabei entweder, wie sich nach Einführung eines Mindestlohns die Branchenbeschäftigung entwickelt hat, oder, wie groß die

Wahrscheinlichkeit war, dass die Betriebe die Mitarbeiter weiterbeschäftigen bzw. neues Personal einstellen.

Für das Bauhauptgewerbe wurden eindeutig negative Auswirkungen auf die Beschäftigung in Ostdeutschland festgestellt: Die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen zusätzliche Mitarbeiter einstellen, ist um 2,7 Prozentpunkte gesunken (Grafik). Ein weiterer Negativeffekt zeigt sich im gesamtdeutschen Dachdeckerhandwerk: Durch die Einführung eines Mindestlohns fiel hier die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen Mitarbeiter weiter beschäftigen, im Schnitt um knapp 0,5 Prozentpunkte. Für die Abfallwirtschaft sowie das Maler- und Lackiererhandwerk ergeben die Studien zwar zum Teil positive Beschäftigungseffekte, doch die Untersuchungen haben einen Haken: Entweder sind die Rechenergebnisse statistisch nicht zuverlässig oder es liegen gravierende methodische Probleme vor.

Einzig für das Gebäudereinigerhandwerk lässt sich ein positiver Beschäftigungseffekt nachweisen. Dort hatte die Einführung des Mindestlohns 2007 zunächst negative Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitsplätze; nach der Erhöhung des Mindestlohns 2008 stieg sie aber – möglicherweise, weil Minijobs in sozialversicherungspflichtige Teilzeitstellen umgewandelt wurden.

Mindestlöhne und Beschäftigung

Auswirkung der Einführung eines branchenweiten Mindestlohns auf ...

■ Veränderung in Prozentpunkten (+ höher, - geringer)

Branche	... die Wahrscheinlichkeit der Unternehmen, weitere Mitarbeiter einzustellen	Veränderung in Prozentpunkten	Ergebnis statistisch
Gebäudereiniger-Handwerk	... die Wahrscheinlichkeit der Unternehmen, weitere Mitarbeiter einzustellen	+1,9	zuverlässig 
Abfallwirtschaft	... die Beschäftigung in der Branche	+1,1	problematisch 
Maler- und Lackiererhandwerk	... die Wahrscheinlichkeit der Unternehmen, Mitarbeiter weiter zu beschäftigen	+0,1	nicht zuverlässig 
Pflegesektor	... die Beschäftigung in der Branche	-0,2	
Elektrohandwerk 1997	... die Wahrscheinlichkeit der Unternehmen, Mitarbeiter weiter zu beschäftigen	-0,4	
Dachdeckerhandwerk	... die Wahrscheinlichkeit der Unternehmen, Mitarbeiter weiter zu beschäftigen	-0,5	
Elektrohandwerk 2007	... die Wahrscheinlichkeit der Unternehmen, Mitarbeiter weiter zu beschäftigen	-0,6	
Bauhauptgewerbe (West)	... die Wahrscheinlichkeit der Unternehmen, weitere Mitarbeiter einzustellen	-1,4	
Bauhauptgewerbe (Ost)	... die Wahrscheinlichkeit der Unternehmen, weitere Mitarbeiter einzustellen	-2,7	
Wäschereidienstleistungen	... die Beschäftigung in der Branche	-5,4	



IW policy papers
19/2013

Thomas Schuster: Mindestlohn – Beschäftigungsrisiken höher als behauptet

www.iwkoeln.de/mindestlohn

Schlecht lesen, mittelmäßig rechnen

PIAAC-Studie. Erwachsene in Deutschland schneiden im internationalen Vergleich beim Lesen unterdurchschnittlich und beim Rechnen durchschnittlich ab. Die PIAAC-Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liefert indes noch weitere Erkenntnisse.

Mit dem Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC) haben die Forscher der OECD das Alltagswissen der Erwachsenen geprüft. Den Testpersonen wurden dabei unterschiedlich schwere Fragen gestellt. Zu den mittelschweren Aufgaben zählte etwa, anhand eines Bildes mit einem Thermometer, auf dem die Gradzahlen in Celsius und in Fahrenheit angegeben waren, die Temperatur in Grad Fahrenheit zu nennen. Für jede richtige Antwort gab es eine bestimmte Punktzahl.

Abgefragt wurde das Wissen der 16- bis 65-Jährigen auf drei Feldern:

1. Lesen. Hier erreichen die Erwachsenen in der Bundesrepublik 270 Punkte, drei Punkte weniger als der OECD-Durchschnitt (Grafik):

Besorgniserregend ist der hohe Anteil an Menschen in Deutschland, die lediglich kurze Texte mit einfachen Worten lesen können – er liegt bei annähernd 18 Prozent.

Am besten lesen können Japaner und Finnen, am schlechtesten Spanier und Italiener.

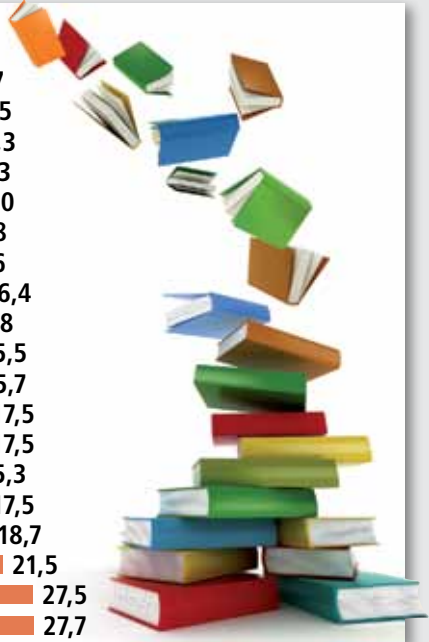
Unterscheidet man die Teilnehmer der Studie nach Muttersprachlern und Nicht-Muttersprachlern, ergibt sich ein etwas anderes Bild:

Deutschland: Jeder sechste Erwachsene liest wie ein Zehnjähriger

Ergebnisse der PIAAC-Studie im Bereich „Lesen“ ■ Durchschnittliche Punktzahl

■ So viel Prozent der Teilnehmer sind höchstens in der Lage, kurze Texte mit einfachen Worten zu lesen und ihnen in stark begrenztem Maße Informationen zu entnehmen

Japan	296	4,9
Finnland	288	10,7
Niederlande	284	11,7
Australien	280	12,5
Schweden	279	13,3
Norwegen	278	12,3
Estland	276	13,0
Tschechien	274	11,8
Slowakei	274	11,6
Kanada	273	16,4
Südkorea	273	12,8
Durchschnitt	273	15,5
Dänemark	271	15,7
Deutschland	270	17,5
USA	270	17,5
Österreich	269	15,3
Irland	267	17,5
Polen	267	18,7
Frankreich	262	21,5
Spanien	252	27,5
Italien	250	27,7



PIAAC: Programme for the International Assessment of Adult Competencies; an dieser Studie, die die Kompetenzen von Erwachsenen im internationalen Vergleich untersucht, haben pro Land mindestens 5.000 Erwachsene zwischen 16 und 65 Jahren teilgenommen
Quelle: OECD

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2013 IW Medien - Iwd 42 - Foto: Alexander Mittik - Fotolia.com

Die in Deutschland geborenen Erwachsenen erreichen bei der Lesekompetenz 275 Punkte, Nicht-Muttersprachler aber nur 241 Punkte.

Dieser Unterschied zeigt, wie wichtig es ist, auch die Migrantenkinder in jungen Jahren zu bilden, um ihre Chancen zu verbessern.

2. Mathematik. Alltagsaufgaben, für die mathematisches Verständnis erforderlich ist, lösen Erwachsene in Deutschland mit im Schnitt 272 Punkten etwas besser als Erwachsene in anderen Ländern. Die besten Ergebnisse erreichen wieder Japan (288 Punkte) und Finnland (282 Punkte), der Abstand zu Deutschland ist aber geringer als beim Lesen.

Auffällig ist, dass die in Deutschland geborenen Erwachsenen mit 277 Punkten überdurchschnittlich gut abschneiden und Platz 8 im internationalen Ranking belegen.

Wenn die Zuwanderung von Hochqualifizierten steigt (vgl. Seite 4-5), dürfte sich die Rechenkompetenzlücke zwischen Einheimischen und Migranten deutlich verringern.

3. Technologiebasiertes Problemlösen. Rund 27 Prozent der Testpersonen OECD-weit haben keinerlei Erfahrungen mit Computern und können nicht einmal eine Maus bedienen. In Deutschland ist der Anteil der Computer-Unerfahrenen mit 12,6 Prozent deutlich geringer.

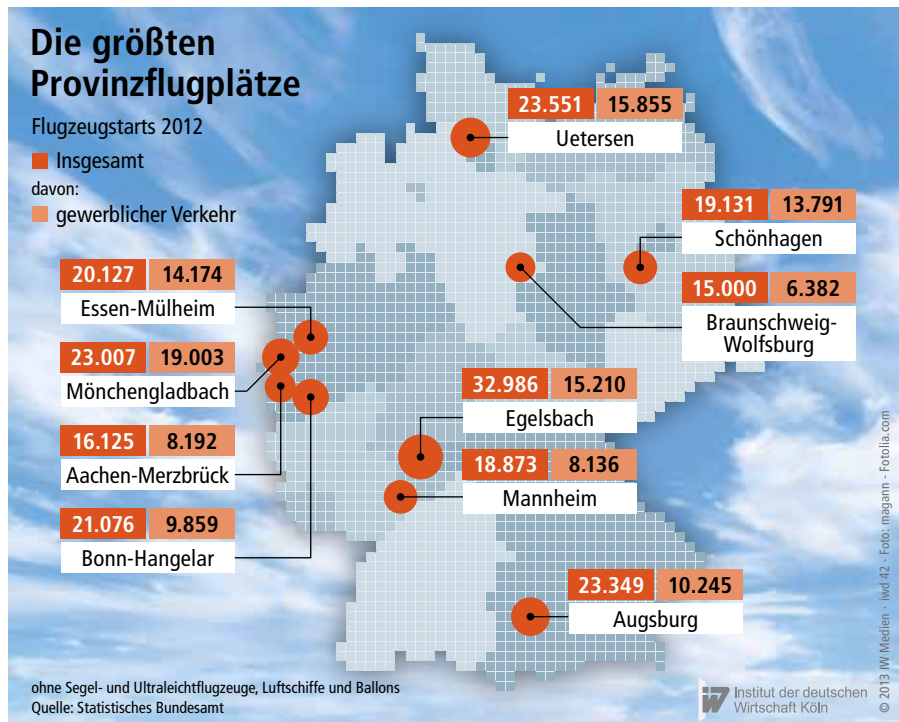
Jüngere Erwachsene aus Deutschland schneiden in allen Testbereichen besser ab als die älteren Teilnehmer. Mit den Aufgaben am besten zurecht kamen die 25- bis 34-Jährigen, am schlechtesten die Gruppe der 55- bis 64-Jährigen. Dies deutet darauf hin, dass die Verbesserungen in den Schulen nach dem PISA-Schock von 2001 langsam greifen.

Kleine ganz groß

Businessflugplätze. Für Firmen sind sie unverzichtbar – die kleinen Verkehrslandeplätze im Umfeld großer Airports oder in der Provinz.

Schnelle Verbindungen zu Geschäftskunden in Europa und darüber hinaus sind für global aufgestellte Unternehmen überlebenswichtig. Davon lebt zum Beispiel der Provinzflughafen Mannheim im Chemical Valley. Und wenn keine Piste in der Nähe ist, dann werden Flugplätze auch schon einmal direkt von regional ansässigen Firmen betrieben – wie zum Beispiel jener im nordhessischen Allendorf durch die Viessmann-Werke.

Einige der größten deutschen Businessflugplätze finden sich indes in der Nachbarschaft der großen Linienflughäfen – Egelsbach bei Frankfurt, Uetersen bei Hamburg, Augsburg in Bayern oder Schönhagen bei Berlin (Grafik). Sie profitieren davon, dass die großen Airports



längst an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen sind.

Egelsbach ist dabei mit insgesamt 33.000 Starts pro Jahr klar die Nummer eins der Verkehrslandeplätze.

In Berlin ist die Situation für die Geschäftsflyer derzeit besonders prekär. Tempelhof wurde geschlossen, Tegel platzt aus allen Nähten und der neue Hauptstadt-Airport Berlin Brandenburg dürfte nach seiner Eröffnung – das ist jetzt schon absehbar – über kurz oder lang ebenfalls zu klein sein, um zusätzliche Businessflüge abzuwickeln.

Schönhagen im Süden Berlins hat sich nicht zuletzt deshalb zum wichtigsten Verkehrslandeplatz in Ostdeutschland gemausert.

Ähnliche Probleme gibt es in Süddeutschland, nachdem der Bau der

dritten Startbahn des Münchner Flughafens im Erdinger Moos vorerst gestoppt wurde. Als Airport für Firmen kommt nun nur das 60 Kilometer entfernte Augsburg infrage, nachdem die Nutzung des ehemaligen Fliegerhorsts Fürstfeldbruck aufgegeben wurde und auch Oberpfaffenhofen keine Berechtigung als Verkehrslandeplatz erhalten soll. Die geringe Priorität, die die Geschäftsflyer in der Wirtschafts- und Regionalpolitik genießen, könnte sich langfristig rächen.

In vielen Regionen gibt es allerdings auch Flughäfen, die sich wegen der geringeren Auslastung über Businessjets freuen würden. Dies gilt für Kassel, wo der Airport ausgebaut wurde und nun eine für Langstreckenflüge geeignete Bahn hat.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistenz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.